

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 100

Wildbad, Montag, den 3. Mai 1920.

54. Jahrgang

Wochenrückschau.

Die Konferenz von San Remo ist am 26. April geschlossen worden. Welle acht Tage haben die „großen Drei“, wie Wilson seine Freunde Lloyd George, Millerand und Nitti benannte, mit ihren Stäben beisammen und schließlich zog alles „befriedigt“ von bannen, vielleicht mit Ausnahme des Herrn Nitti, der wohl einen anderen Verlauf der Verhandlungen erwartet haben mochte, gamentlich bezüglich der unerledigt gebliebenen Adriafrage. Und während der Vorbesprechungen schien es wirklich, als ob es zu einer gründlichen Abrechnung zwischen England und Frankreich kommen sollte. Millerand war nicht geneigt, die eben von England erfahrene Demütigung zu schlucken und sich wegen der eigenmächtigen Vertragsverletzung im deutschen Maingau zu unterwerfen. Er hatte ja doch noch eine Waffe in der Hand, die auch in charakteristischer Staatsmann, als Lloyd George es ist, respektieren mußte. Millerand brauchte nur England die Unterstützung zu dessen Raubpolitik in Kleinasien zu versagen. Und England zeigte, daß es nicht nur Bündnisse schlagen, sondern auch Bündnisse heilen kann.

Die Besetzung Frankfurts hätte ohne allen Zweifel verhindert werden können, wenn die englische Regierung es gewollt hätte — hier muß man von der englischen Regierung im ganzen sprechen, denn der schwankende Lloyd George wußte wohl nicht recht, was er in dieser ganzen Angelegenheit machen sollte. Das englische Kabinett ließ aber die Besetzung geschehen und benützte sie dann als willkommene Gelegenheit, durch ein scheinbar sehr bedrohliches Einschreiten gegen die angebliche Bündnisverletzung die Vormachtsgelüste Frankreichs nach allen Regeln englischer Diplomatenkunst zu unterdrücken. Mehr brauchte England zunächst nicht, das Uebrige konnte man getrost Lloyd George in San Remo überlassen. Hier gab nun Millerand seine Trümpfe aus und er gewann das Spiel, soweit die französisch-deutsche Angelegenheit in Frage kam. Lloyd George hatte viel Wichtiges zu tun, als daß er sich um die langweilige deutsche Geschichte hätte kümmern können. Und so bleiben denn die Franzosen vorerst in Frankfurt, auch wenn die Reichswehr aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen oder auf die erlaubte Stärke zurückgebracht sein wird, was seit einigen Tagen der Fall ist. Millerand hat es mündlich und schriftlich hoch und teuer versprochen, daß die rechtsrheinische Besetzung nur so lange dauern solle, als überzählige Reichswehr im Ruhrgebiet sei. Aber England so wenig wie Frankreich denkt im entferntesten daran, durch ein Versprechen sich beengen zu lassen. Ueber solche „Zwangsäden“ so'pern sie nicht. Und um Deutschland von vornherein jede Lust zu benehmen, auf das gegebene Versprechen zu pochen, wurde in San Remo der Spieß umgedreht und „beschlössen“, 1. Deutschland habe die wichtigsten Bedingungen des Friedensvertrags bisher nicht erfüllt; 2. Deutschland trachte mit großem Fleiß darnach, auf jede Weise sich den ihm auferlegten Bedingungen zu entziehen; 3. die Verbündeten werden die fortgesetzten Vertragsverletzungen nicht länger dulden und zu eigener Sicherheit und zur Bestrafung des arglistigen Deutschlands weiteres Gebiet (das Steinkohlenrevier im Ruhrland) besetzen, falls nicht sämtliche Bedingungen genauestens ausgeführt werden. Der Friedensvertrag ist, wie wir täglich neu erfahren, außerordentlich dehnbar und entwicklungsfähig und immer neue Forderungen lassen sich aus seinen schier unerforschlichen Tiefen schöpfen. Zu den neuerdings zutage geförderten, nur sehr schwer oder gar nicht erfüllbaren Bedingungen gehört z. B. die Auflösung der Einwohnerwehren, gegen die besonders in Süddeutschland protestiert wird, und die „völlige Entwaffnung“, wozu die Feinde nicht nur die Vernichtung der deutschen Zepeline, die Auslieferung sämtlicher Flugzeuge, der schweren Kanonen usw. rechnen, sondern auch die Abgabe des Schrotts, d. h. der Metallrückstände der zerfallenen Kanonen, der zurzeit für einen großen Teil der deutschen Industrie der einzige Rohstoff ist, der ihr zur Verfügung steht.

Das ist das Ergebnis der Konferenz von San Remo, von der Unbeliebte in Deutschland wieder einmal sich Wundererfolge versprochen hatten. „Blinder“ hat ein der französischen Regierung nahestehendes Blatt die Konferenz höhnisch genannt, und das ist sie in Wirklichkeit. Doch sei billigerweise auch erwähnt, daß zu der nächsten

Konferenz der „großen Drei“, die im Mai in Spa (Belgien) stattfindet und auf der alles beraten werden soll, was in bezug auf die französisch-deutsche Angelegenheit unerledigt geblieben ist — und das ist in den Einzelheiten so ziemlich alles, da in San Remo nur das englische Kapitel d. h. die Verteilung Kleinasien mit dem Löwenanteil für Großbritannien ins Reine gebracht worden ist — auch der deutsche Reichskanzler oder ein Stellvertreter geladen wird, allerdings nicht als gleichberechtigter Teilnehmer, sondern er soll nur „gehört“ werden wie seinerzeit die deutsche Friedensabordnung in Versailles. Der Reichskanzler soll Rechenschaft über die „Vertragsverletzungen“ Deutschlands ablegen, wobei Lloyd George in seiner Herzensgüte bereits zugesagt hat, daß er die etwa vorzubringenden Gründe und Entschuldigungen nicht ohne Wohlwollen prüfen werde. In Spa soll auch versucht werden, endlich einmal die Entschädigungsfrage zu klären, die Frankreich und sein Anhängel Belgien von Deutschland verlangen. Millerand will nach einer Pariser Meinung die Kleinigkeit von 90 Milliarden Goldmark in 30 Jahren haben, nach jenem Kurs 2250 Milliarden Papiermark, — in der Reichsbank liegt noch etwas über eine Milliarde Gold. Lloyd George soll gemeint haben, daß Frankreich mit 50 Milliarden reichlich entschädigt wäre, aber Millerand dürfte wohl auch in Spa wie in San Remo sachlich der Sieger bleiben, nachdem England sein Teil hat. Wie Deutschland die 2 1/2 Billionen in Jahresraten von 75 Milliarden zahlen soll, ist ein Belästigung. Wenn es nun gar wahr wäre, was ein englisches Blatt gemeldet hat, daß nämlich die Forderung der Verbündeten 280 Milliarden Goldfranken, davon 45 Milliarden für England, betragen würde, so könnte man nur annehmen, daß es bei gewissen Leuten im Oberstübchen nicht mehr ganz richtig sein muß. 280 Milliarden Goldfranken sind nämlich 224 Milliarden Goldmark oder 5600 Milliarden Papiermark. Kann Deutschland nicht bezahlen, so verlegt es den Friedensvertrag; verlegt es den Friedensvertrag, so wird weiteres deutsches Gebiet besetzt, das linksrheinische Gebiet bleibt ohnehin so lange besetzt, bis der letzte Heller bezahlt ist; von den Friedensbedingungen wird nicht ein Tropfen nachgelassen, das hat Lloyd George ausdrücklich erklärt, „um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen“. Außerdem können von den Verbündeten beliebige weitere Strafmaßnahmen verhängt werden, nur müssen sie künftig von den „großen Drei“ gemeinsam beschlossen werden, was für Deutschland auf das selbe hinauskommt. England aber ist, wie man gesehen hat, für alles zu haben, wenn es nur seinen Vorteil dabei gewahrt sieht und seine Oberhoheit respektiert wird. So sind wir tatsächlich trotz Friedensvertrag im ewigen Kriegszustand, nur daß wir keine andere Waffe mehr haben als den „Protest“, über den sich Lloyd George jüngst lustig gemacht hat.

Die Berliner „Deutsche Zeitung“ hat Ausschere erregende Mitteilungen über einen neuen kommunistischen Aufstand gemacht, der in Mitteldeutschland in der Gegend von Halle mit russisch-bolschewistischer Unterstützung vorbereitet werde. Die Nachricht war nicht aus den Fingern geflogen, sondern es waren tatsächlich amtliche Berichte bei der Regierung über solche revolutionäre Vorbereitungen eingegangen. Die Regierung war also ebenfalls unterrichtet und hat bereits die nötigen Schritte unternommen. Es müssen eben doch noch Unmengen von Waffen in unrechten Händen sein, sonst könnten derartige Komplotte und in solcher Ausdehnung nicht möglich sein. Was z. B. bis jetzt im Ruhrgebiet an Kriegswaffen von den Aufständischen abgeliefert ist, das würde hinreichen, um fast 1 1/2 kriegstarke Divisionen zu bewaffnen, und dabei wird immer betont, daß die Waffenablieferung verhältnismäßig gering sei. Wo kommen die Waffen wieder hin? Die feindlichen Ueberwachungskommissionen scheinen dafür viel weniger Interesse zu haben, als vielmehr dafür, daß den Regierungstruppen keine Rücksicht und kein Schutz mehr verbleibt, als im Friedensvertrag geschrieben steht. Wenn den Verbündeten wirklich daran gelegen wäre, wie sie sagen, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung wiederkehre, so dürften sie nicht mit den kommunistischen Führern in Deutschland geheime Beziehungen unterhalten und müßten die beschriebene Forderung der deutschen Regierung billigen, nach der erzwungenen Auflösung der Einwohnerwehren die Reichswehr auf dem gegen-

wärtigen Stand von 200 000 Mann erhalten zu dürfen — gegenüber dem stehenden Heer in Frankreich mit 700 000 Mann immer noch eine sehr geringe Militärmacht — statt sie bis 10. Juni auf 100 000 Mann herabsetzen zu müssen. Man hört, daß der Oberste Rat der Forderung höchstens in viel geringerem Maße Rechnung tragen werde, und dann wird sein „Wohlwollen“ wohl ziemlich kostspielig werden. Im übrigen sollen die Einwohnerwehren durch die für Frankreich und seine Helfer weniger gefährliche Ortspolizei ersetzt werden. Dann, lieb Frankreich, magst hoffentlich endlich ruhig sein.

Made in Germany.

Als die Konkurrenz der deutschen Industrie in England immer fühlbarer wurde, glaubte die englische Regierung den deutschen Wettbewerb vom englischen Markt dadurch fernhalten zu können, daß sie (1887) ein Marken- und Schutzgesetz erließ, wonach alle Erzeugnisse aus fremden Ländern mit einer Bezeichnung des Ursprungslandes versehen sein mußten. Die deutschen Waren mußten also den Stempel tragen „Made in Germany“ (hergestellt in Deutschland). Die englische Regierung hat sich aber in der Wirkung des Marken- und Schutzgesetzes, wenigstens in bezug auf Deutschland, stark getäuscht. Die deutschen Waren wurden immer besser und waren billiger als die englischen Fabrikate und so wurden gerade diejenigen Waren auf den englischen Märkten bevorzugt, die den Stempel „Made in Germany“ trugen. Nicht wenige englische und auch andere fremdländische Fabrikanten haben in der Folge betrügerischerweise ihre Waren mit der Marke „Made in Germany“ versehen. In Amerika wurde in den letzten Tagen ein ähnliches Marken- und Schutzgesetz im Senat eingebracht. Die Kaufleute, die mit deutschen Waren handeln, sollten gezwungen werden, die Bezeichnung „Händler mit deutschen Waren“ auf ihren Firmenschildern anzubringen. Aber der Senat war durch die Erfahrungen, die England früher gemacht hatte, gewarnt. Er befürchtete wohl auch, daß die etwa 20 Millionen Amerikaner deutscher Abstammung nun erst recht auf ihre Blutspflichten aufmerksam gemacht werden könnten und er lehnte den von englischer oder englandsfreundlicher Seite veranlaßten Gesetzesvorschlag mit 39 gegen 23 Stimmen ab.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 29. April.

2. Beratung des Gesetzentwurfs über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Abg. Dr. Kunkel (D.Vp.): Wir können dem Gesetz zustimmen, nach den Veränderungen, die es im Ausschuss erfahren hat.

Abg. Kraut (D.nat.Vp.): Die den Behörden eingeräumten Vollmachten im Zusammenhang mit der Wohnungsnote gehen uns zu weit.

Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

2. Beratung des Gesetzentwurfs eines Heimstättengesetzes.

Abg. Solmann (S.): Der Gesetzentwurf wird den Erwartungen des Volkes nicht gerecht.

Abg. Hagmann (Z.): Der Gesetzentwurf macht einen Schritt vorwärts auf dem Gebiet des Siedlungswesens.

Abg. Heßlich (D.D.V.): Das Gesetz ist ein Schritt auf dem Wege der sozialen Wohnungsfürsorge.

Abg. Frau v. Gierke (D.nat.Vp.): Die Spekulation muß beim Kauf und beim Verkauf der Heimstätten ausgeschlossen werden. Die staatliche Fürsorge muß sich der Unterweisung der Frauen in Haus- und Landwirtschaft annehmen.

Reichsarbeitsminister Schöckel erklärt, daß bei Entscheidungen bezüglich der Wertänderung und Wertsteigerung billig verfahren werden soll.

Zu § 28 wird ein Antrag Dr. Kunkel angenommen, wonach die Entschädigung wegen angemessene Entschädigung zu erfolgen hat.

Der von allen Parteien eingebrachte Gesetzentwurf über Änderungen der Leistungen und der Beiträge der Invalidenversicherung wird in 2. und 3. Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betr. Wiederaufnahme der Verfahren gegen Urteile der außerordentlichen Kriegengerichte.

Es folgt die 2. Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. v. Gröbe (D.nat.Vp.) beantragt Abschaffung von der Tagesordnung. Es handle sich um eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Er will die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln, wenn es zur Abstimmung über seinen Antrag komme.

Reichsjustizminister Bunsch: Die Regierung legt Wert auf die Verabschiedung des Gesetzes.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung vorläufig auszusetzen.

Das Haus ist einverstanden.

Eine Reihe von Ausschussberichten wird erledigt.

Präsident Fehrenbach erklärt, daß unabweisbar das Haus nicht beschlußfähig sei. Das Haus müsse daher von einer Beratung der zurückgestellten Punkte absehen.

Nächste Sitzung 19. Mai.

Stuttgart, 29. April.

85. Sitzung. Präsident Keil gedenkt des kürzlich verstorbenen Abg. Berroth (B.B.), der an einem Leiden, das er sich als Soldat im Felde zugezogen hat, verstorben ist.

Ein Antrag Pfälzer (S.) verlangt, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Abg. Eggert (S.): Seit 30. Jahren ist der 1. Mai ein Feiertag der Arbeiter. Die Nationalversammlung hat ihn im Vorjahr festgelegt, heute ist sie von diesem Beschlusse abgerückt. Dieser Beschlusse kann für Württemberg nicht Richtschnur sein.

Abg. Körner (B.B.): Der soz. Redner scheint vor der Reaktion fürchterliche Angst zu haben. Das ganze Jahr hört man: Sozialismus ist Arbeit. Wir leiden gerade daran, daß die Arbeitsleistung mangelt.

Abg. Vols (Z.): Wir finden es verständlich, daß die Sozialdemokratie ihre alte Forderung durchführen will. Wir können aber nicht für ihre politischen Ziele eintreten.

Abg. Hegler (U.S.B.): Die Arbeiterklasse wird nicht ruhen, bis der kapitalistische Klassenstaat beseitigt ist und der Sozialismus triumphiert.

Abg. Pfälzer (S.): Der 1. Mai wird gefeiert werden, ob Sie wollen oder nicht. Ihre Entschlossenheit wird als Kampfanzeige angesehen. Die Internationale wird leben.

Der Antrag Pfälzer (S.) gegen die Stimmen der beiden soz. Parteien abgelehnt.

85. Sitzung. (Schluß.) Nach Erledigung einer Änderung der Geschäftsordnung geht das Haus zur Beschlußfassung über den 15. Finanznachtrag mit 20,4 Millionen Mark für Erwerbslosenfürsorge, Ueberteuerungszuschüsse, Notstandsarbeiten und Kriegsmohlfahrtspflege über.

Abg. Körner (B.B.) äußert Bedenken gegen die Millionenforderungen für die Notstandsarbeiten und Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Schmidt (Z.) wünscht, daß die Ueberteuerungszuschüsse auch über den 30. Juni hinaus gewährt werden.

Bei den Abstimmungen werden die beiden ersten Forderungen gegen einen Teil von B.B., die dritte Forderung für die Kriegsmohlfahrtspflege einstimmig angenommen. Die Schlußabstimmung ergibt die einstimmige Annahme des ganzen Nachtrags.

Stuttgart, 30. April.

86. Sitzung. Die Anfrage Bazille (B.B.) um Auskunft über die Gründe, daß Frankreich mit den süddeutschen Regierungen Beziehungen angestreift habe, um Nord- und Süddeutschland zu trennen, führte trotz mancher unbehaglichen Zwischenfälle in der Debatte zu der erfreulichen Feststellung, daß die Regierung sowohl wie der geladene Landtag in allen seinen Parteien solchen Bestrebungen schroff ablehnend gegenübersteht, daß an den Gerüchten selbst aber kein wahres Wort ist.

Bei der zweiten Beratung des Schulgesetzes wurde nach lebhafter Debatte, an der sich die Abg. Hartmann (B.B.), Goller (B.B.), Köhler (B.B.), Kultminister Heber, Henmann (S.), Jahn (U.S.B.), Baur (Z.) und Weihshof Dr. Sproll (Z.) beteiligten und wobei namentlich die beiden letztgenannten mit großem Nachdruck die Rechte der Kirche auf den Religionsunterricht betonen, während der Kultminister seine Verantwortlichkeit, Artikel 1 (Widerspruch) gegen die Stimmen Unabhängigen und Art. 13 (Befreiung und Erteilung des Religionsunterrichts) einstimmig angenommen. Die Vertreter des Zentrums erklärten, daß sie nur aus formellen Gründen zustimmen, weil die Reichsverfassung dieselben Bestimmungen enthält, daß sie sich aber mit der Sache selbst nicht einverstanden erklären.

Eine Entschließung betreffend den Konfirmationsunterricht fand gegen die Stimmen der Bürgerpartei und Unabhäng. Soz. P. Annahme. Eine zweite Entschließung über den Einfluß der Religionsgesellschaften auf den Religionsunterricht wurde gegen Zentrum und Bürgerpartei abgelehnt. Das Landtagswahlgesetz wurde einem besonderen Ausschusse von 24 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 1/4 Uhr.

Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 28. April.

Nach Erledigung der Geschäftsordnung berichtete Direktor Ströbel eingehend über das Tätigkeitsgebiet der Kammer. Nach dem Vorschlag des Vorstandes sollen zunächst folgende sechs Abteilungen aufgestellt werden: 1. Volkswirtschaftliche Abteilung; 2. Betriebswirtschaftliche Abteilung; 3. Tierzucht-Abteilung; 4. Pflanzenbau-Abteilung; 5. Obst-, Gemüse- und Gartenbau-Abteilung; 6. Forstwirtschaftliche Abteilung. Dagegen sollen vorläufig nicht einbezogen werden die Pferde- und Rinderzucht, der Weinbau und das Molkeereisereien; diese sollen vielmehr auch weiterhin der Zentralkasse unterstellt bleiben. Ein- und Ueber-

griffe in das Gebiet der staatlichen Verwaltung werden sich nicht ganz vermeiden lassen; die Kammer habe bisher aber immer das wünschenswerte Verständnis und Entgegenkommen gefunden, namentlich bei der Zentralkasse für die Landwirtschaft und bei der landwirtschaftlichen Anstalt Hohenheim. Die Kammer ihrerseits wird jeden Versuch der Beeinflussung aufs nachdrücklichste zurückweisen. (V. S.!) Der Vorsitzende Adorno betonte diese letzteren Ausführungen.

Dann wurden durch Wahl als neue Mitglieder in die Kammer berufen: Landesökonomrat Köhler-Hohenheim, Ökonomenrat Maier-Hildbronn, Professor Dr. Wagner-Übingen, Prof. Sohle-Hohenheim, Landwirt Sigel-Lichtenegg, Frhr. v. Stauffenberg-Rhiffen, Obstbesitzer v. Reich-Schweizerhof, Gutsbesitzer Dr. Franz-Oberimpurg, Gutsbesitzer Braun-Schoploch.

Ueber den Ankauf des Hauses Marienstr. 33 in Stuttgart für die Landwirtschaftskammer teilte der Präsident noch mit, daß der Kaufpreis 375.000 Mk. betrug mit einer Anzahlung von 125.000 Mk. Der Rest wird mit 4 Proz. verzinst und ist in 5 Jahren abzuzahlen. Die Aufzinsung des Hauses erfolgt zum 1. Juli.

Stuttgart, 29. April.

In der heutigen Sitzung wurde bestimmt, der ständige Ausschuss für Arbeiterfragen soll aus 4 Landwirten und 4 landwirtschaftlichen Arbeitern bestehen. Die Geschäftsordnung der Kammer wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Vorschlag des Vorstandes wird der Vertrag zwischen dem landwirtschaftlichen Hauptverband (in dem die landw. Bezirksvereine zusammengeschlossen sind) und der Landwirtschaftskammer, das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ gemeinsam herauszugeben, angenommen, obgleich die Vertreter des Schwäbischen Bauernvereins sich dagegen aussprachen.

Zu der Entschädigung der Kammermitglieder bemerkt Holzhauser Greis-Pruthier, die Arbeitnehmer können mit den vorgesehene Sätzen nicht zufrieden sein, denn sie können davon nicht leben. Er stellt den Antrag, das Taggeld auf 40 Mk. festzusetzen. Der Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag Meißinger schlägt 30 Mk. Taggeld vor. Dieser Antrag wird angenommen.

Ueber den Vorschlag der Landwirtschaftskammer berichtet Reg. Rat Ströbel: Die Aufbringung der Geldmittel bis zum Einzug der Umlage soll durch ein Anleihen von 100.000 Mk. bei der Genossenschaftszentralkasse bewerkstelligt werden. Das Finanzministerium hat sich außerdem bereit erklärt, 200.000 Mk. zur Verfügung zu stellen.

Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 30. April.

In einer Abendigung nahm die Landwirtschaftskammer zu der Frage der Produktionsförderung Stellung. Herrmann-Hohenheim führte aus: Durch jahrelange Fehler ist unsere Produktion auf ein tiefes Niveau heruntergefallen. Wir brauchen Arbeitskräfte und vor allem erhöhte Stickstoff-Fabrikation. Einheimische Futtermittel müssen freigegeben und reichlich vom Ausland eingeführt werden. Grund und Boden soll dem Landwirt zur freien Verfügung überlassen bleiben. Die Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Landtags zur Ernährungsfrage sind ohne Fühlungnahme mit der Landwirtschaft gestellt worden. Das muß in Zukunft vermieden werden. Wir wollen am Wiederaufbau mit allen Kräften mitarbeiten.

Gutsbesitzer Alting-Sindlingen stellt folgende Anträge: Die Württ. Landwirtschaftskammer sieht in der Erzeugung von ausreichenden inländischen Nahrungsmitteln das wichtigste Mittel zur Herbeiführung besserer politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse. Diese ist durchaus möglich, wenn sie seitens der Regierung Verständnis und Mithilfe findet, nach folgenden Richtungen: Die Preise der landw. Erzeugnisse sind so festzusetzen, daß die Erzeugnisse hoch genug gedeckt werden und ein genügender Unternehmergewinn übrig bleibt. Ferner benötigt die Landwirtschaft Arbeitskräfte und künstliche Düngemittel, besonders Stickstoffdünger, zu Preisen, die nutzbringende Verwendung ermöglichen. Die Schmelzmasse muß freigegeben werden. Die anfallenden Futtermittel müssen den Mästern überlassen werden. Der Abfuhrertrag bei ungenügenden Preisen hat hemmend auf die Produktion gewirkt. Dem Landwirt muß die volle Sicherheit seines Besitzes gewährleistet werden. Eingriffe in sein Eigentum sind streng zu bestrafen, sein freies Verfügungsrecht über Grund und Boden darf nicht angetastet werden. Das landw. Antriebswesen ist auszubauen. Der Landwirt muß die volle Freiheit und Selbstbestimmung zugesprochen und ihr ein entsprechender Einfluß auf Verwaltung und Gesetzgebung des Staats einzuräumen.

In den Landwirtschaftskammer nach Berlin wurde gewählt: Dr. Frnk. Oberkötter, Alting-Sindlingen, Dr. v. Kaltenberg, Vogt-Göhlen, Ströbel Stuttgart.

Württemberg.

Stuttgart, 30. April. (Vertretertag des Ev. Volksbundes.) Unter sehr zahlreicher Beteiligung fand am 28. und 29. April in Stuttgart der zweite Vertretertag des Ev. Volksbundes für Württemberg, der nach fast einjährigem Bestehen in 550 Ortsgruppen über 160.000 Mitglieder gesammelt hat, statt. Eine stimmungsvolle Feier in der Garnisonkirche leitete ein. Im Mittelpunkt der Hauptverhandlungen am Donnerstag standen die Arbeitsberichte der Geschäftsführer Dr. Ströbel, Dr. Lempp, Planch, Springer und der Geschäftsführerin der neugegründeten Frauenabteilung, Frä. Dengel. Als Leitgedanke für die weitere Arbeit des Bundes wurde aufgestellt: Sammlung derer, denen es mit ihrem Christen glauben

erst ist, auf der Grundlage der kleinen Kreise der Vertrauensleute. Eingehende Erörterungen folgten, insbesondere über das Vorgehen des Volksbundes in der Schulfrage; der Bundesleituna wurde mit allen gegen 5 Stimmen die Zustimmung des Vertretertags zu ihrer bisherigen Haltung in dieser Sache ausgesprochen. Zu den bevorstehenden Wahlen nahm der Vertretertag folgende Entschlüsse an: „Der Ev. Volksbund mischt sich nicht in den politischen Kampf der Parteien. Er tritt aber seine Mitglieder, daß sie in ihren Parteien Verständnis wecken für den unerlässlichen Wert des Christentums auch im öffentlichen Leben, vor allem für den Wert einer ev. Jugenderziehung. — Von den Regierungen und Volksvertretern im Reich und Land erwartet er, daß sie, wie bei der Gesetzgebung, so auch bei der Ausführung und Anwendung der Gesetze, der ev. Kirche, insbesondere auch ihren Vereinen und Anstalten Licht und Luft schaffen zur freien Entfaltung ihrer Kräfte im Dienst des Glaubens und der Liebe.“ — Endlich wurde noch eine Kundgebung zur inneren Not unseres Volkes, zum Kampf gegen die Gottentfremdung, des Mammongeistes, der Genußsucht und des zerfetzenden Mißtrauens beschloffen.

Stuttgart, 30. April. (Aus dem Parteileben.) Zur Aufstellung der Reichs- und Landtagskandidaten hält die Bürgerpartei am 6. Mai hier einen Vertretertag ab.

Am 9. Mai findet in Cannstatt die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt.

Stuttgart, 29. April. (Fleischpreise.) Die Kalb- und Schweinefleischpreise sind von der Gewerbe- und Lebensmittelabteilung des Gemeinderats mit sofortiger Wirkung folgendermaßen erhöht worden: Kalbfleisch auf 3.40 Mark das Pfund, Schweinefleisch auf 9.70 Mark das Pfund.

Der Preis für einen Laib Brot kostet jetzt hier 2.50 Mk., das Pfund Mehl 3 Mk. Die Herstellung von Kleingebäck (Kipfe) ist verboten.

Stuttgart, 29. April. (Neuer Vorstand.) Die Stelle des Vorstands des Landesamts für Arbeitsvermittlung in der Dienststellung eines Regierungsrats ist dem Oberamtmann Bullinger, Oberamtsvorstand in Reutlingen, übertragen worden.

Gaildorf, 29. April. (Einbruch.) In der hiesigen Strickwarenfabrik der Firma Mohr u. Höbel-Stuttgart wurden für über 10.000 Mark Strümpfe gestohlen.

Stuttgart, 29. April. (Evangelisches Predigerseminar.) Auf der Jahresversammlung des Ev. Pfarrvereins wurde mit großer Mehrheit eine Entschliessung gefaßt, die dem Wunsch nach möglicher baldiger Errichtung eines Predigerseminars für die württ. Landeskirche Ausdruck gibt. In der Besoldungsfrage vertrat der Pfarrverein die Ansicht, daß die Geistlichen Württembergs wie bisher, so auch künftig mit den Beamten der gleichen Vorbildung auf eine Stufe gestellt werden müssen.

Stuttgart, 29. April. (Aus dem Parteileben.) Im Stadtgarten fand gestern ein Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei statt, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Kultminister Dr. Heber betonte in der Eröffnungsrede, der bevorstehende Wahlkampf werde für die Partei und den Volksstaat entscheidend sein. Die Haltung der demokratischen Fraktion sei richtig gewesen. Die Partei werde ihr Programm und ihre Selbstständigkeit beibehalten gegen rechts und links. Aber das Zusammenhalten der drei Regierungsparteien sei notwendig. Wie eine reine Arbeiterregierung, so sei auch eine rein bürgerliche Koalition unmöglich. Trotz aller tiefgreifenden Gegenstände sei auch das Zentrum nicht zu entbehren. Wer die Demokratie wolle, müsse auch die Koalition wollen. Abg. Hausmann wies die Angriffe von der rechten Seite zurück; die demokratische Fraktion sei gegen die Forderungen der Gewerkschaften gewesen. Reichsminister Schiffer sei nach dem Kapp-Putsch nicht den Gewerkschaften geopfert worden, sondern er sei nach eigenem Wunsch zurückgetreten. — Die Versammlung nahm sodann eine Entschliessung zum Schutz der kleinen Rentner an.

Als Kandidaten für die Reichstagswahlen wurden aufgestellt: Abg. Konrad Hausmann, Abg. Geh. Kommerzienrat Dr. Wieland, Abg. Handwerkskammersekretär Hermann-Keutlingen, Abg. Landwirt Herrmann-Blaubeisen, Dr. Theodor Deuf, Abg. Frä. Mathilde Planch, Präsident der Generaldirektion der Staatsbahnen Dr. Sigel, Universitätsprofessor Dr. v. Blum.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen. (Fortsetzung.)

„Darf ich mit gestatten —?“ fragt der Herr Hofrat und reicht Liane den Arm.

Etwas zaghaft legt Liane ihre Fingerspitzen darauf. Es ist das erste Mal, daß ihr ein Herr den Arm bietet. Freilich hat sie sich oft in Karls Arm gehängt, so ganz ungezwungen — da unten in Büffel-Goldfeld — aber hier, inmitten all der gepugneten Menschen — da ist das doch ganz etwas anderes!

„Nehmen Sie sich lieber eine andere Dame!“ sagt sie zerknirschend. „Die schöne große dort in dem roten Samtkleid! Oder die kleine Blonde mit den blauen Blumen im Haar —! Ich kann noch nicht tanzen.“

„Das freut mich, mein gnädiges Fräulein,“ erwidert er lächelnd — auch er lächelt, als er mit ihr spricht, genau wie all die andern — „da kann ich das Vergnügen einer Unterhaltung mit Ihnen genießen. Ein alter Mann ist für gewöhnlich ein überflüssiges Möbel in einem Ballsaal.“

„Alt — Fräulein blickt sie ihn an. „Sie sind doch nicht — alt?“

„Ich habe weiße Haare.“

„Wacht nichts. Ich halte Sie für jung.“

„Warum?“

Liane beachtet ihn mit steigendem Interesse. „Ihre Augen sind jung. Und auch Ihre Stimme ist jung.“

Er verbeugt sich tief.

„Wie all ich auch sein mag, mein gnädiges Fräulein — sicher bin ich nicht zu alt, um Ihnen dankbar zu sein für Ihre schmeichelhaften Worte.“

„Ach schmeichle nie!“

Ihr energischer, fast kampfbereiter Ton, erlustigt ihn.

„Eine neue Schmeichelei, Fräulein Arevalo. Bitte, fahren Sie nicht auf! Ich meine es nicht böse!“ Etwas fester zieht er ihre Hand durch seinen Arm. „Und nun komm: Sie mit mir in die lauschige Ecke dort hinten, damit ich Sie ein wenig mit den Berühmtheiten der Gesellschaft bekannt machen kann ... Sehen Sie, der ältere Herr dort hinten, der alle Anwesenden überragt, ist unser Reichskanzler ... der Jüngling daneben mit den linkschen Bewegungen und der genialen Künstlerlocke in der gefurchten Stirn unser bedeutendster, dramatischer Dichter neuerer Richtung ... Die äppige Dame in knallgelb mit den vielen Brillanten ist unsere gefeierte Primadonna — sie wird uns wohl nachher eine ihrer „Götterarten“ vortragen ... der kleine dicke Herr neben ihr mit dem Pferdeprofil und den auffallend langen Armen — aber Sie hören mir ja gar nicht zu?“ unterbricht er sich plötzlich, ihrem Blick folgend, der starr auf einen Punkt gerichtet ist.

„Wer ist das da?“ stößt sie erregt heraus, mit dem Finger geradeaus deutend. „Der Herr in dem bunten Rock, mit dem klugen Gesicht und den dunklen Augen —“

„... mit der Frau Generalkonsul spricht?“

„Ja, ja! Sehen Sie, er guckt gerade her!“

„Das ist mein Neffe. Soll ich ihn Ihnen vorstellen?“

„Ach, ja. Bitte!“

Und schon eilt Herr v. Marwitz mit jugendlicher Begeisterung hinweg, um seinen Neffen zu holen.

Hummelchen lächelt, wie ihr das Blut vor Erwartung

in die Wangen steigt, und sie ärgert sich darüber. Sie hat ihr sofort wiedererkannt, obgleich sie ihn damals auf der Straße nur wenige Augenblicke gesehen hatte.

Wird auch er sie wiedererkennen? Sie weiß nicht recht, ob sie es hoffen oder fürchten soll. Vielleicht hat die „Frau Dante“ doch recht, die, als Liane ihr von ihrem Abenteuer erzählte, ärgerlich ausrief: „Was fällt Dir ein? Wozu kümmerst Du Dich um Leute, die Dich gar nichts angehen? Du bist jetzt eine vornehme Dame und nicht mehr die „Blonde“ von Büffel-Goldfeld!“ Die Leute lachen nur über Dich!“

Ob er wohl über sie gelacht hat?

Diese Frage schwebt auf ihren Lippen, brennt auf ihren Wangen, leuchtet aus ihren Augen, als der Herr Hofrat Aldo v. Marwitz ihr kurze Zeit darauf seinen Neffen vorstellt.

„Gestatten Sie, mein gnädiges Fräulein! Mein Neffe, Leutnant v. Achenbach — Fräulein Liane Arevalo, der neueste Stern an unserem Gesellschaftshimmel!“

Liane hört die letzten Worte gar nicht. Ihr ganzes Interesse ist auf den Namen des Offiziers gerichtet. „Hört Sie, recht? Leutnant v. Achenbach? ... Norbert? Sollte das Gerals Norbert —?“

Mit einer ihr sonst ganz fremden Schüchternheit hebt sie die Augen zu ihm empor. Doch er beachtet sie gar nicht mehr. Nach einer höflichen Verbeugung hat er sich wieder etwas zurückgezogen und lehnt nun an einer der Marmorsäulen, den dunklen Blick auf das bunte Gesellschaftsbild vor ihm gerichtet.

(Fortsetzung folgt.)



Stuttgart, 29. April. (Päpstliche Spende.) Dem Vinzenzverein Stuttgart wurde durch den Bischof eine päpstliche Spende von zusammen 3200 Mk. vermittelt.

Stuttgart, 29. April. (Freigesprochen.) Am 21. Dezember gab der Jagdpächter Ernst Traub vom Zillertshof bei Hohenacker (Ost. Waiblingen) auf einige Wilderer Schredschüsse ab, von denen einer den 19jährigen Karl Heinrich von Korb tödlich verletzte. Das Schwurgericht sprach Traub frei.

Urach, 29. April. (Besitzwechsel.) Die Stadt hat das christliche Erholungsheim „Villa Breitenstein“ gekauft. Als Preis werden 145 000 Mk. genannt.

Giengen a. Br., 29. April. (Der wiedergefundene Ehering.) Ein Bürger vom nahen Hohenmengen verlor vor 10 Jahren seinen Ehering auf einem seiner Acker. Jetzt hat seine Tochter den Ring beim Auflesen von Steinen auf dem Acker zur größten Freude des Vaters wie seiner ganzen Familie wiedergefunden.

Steinheim am Albuch, 29. April. (Heimatkrene.) Der 1860 nach Nordamerika übergesiedelte Georg Koch hat seiner Heimatgemeinde eine Schenkung zukommen lassen, so daß einer Reihe von bedürftigen Personen 4175 Mk. eingehändigt werden konnte. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbunds für Kriegsbeschädigte bedachte Koch mit 1000 Mk.

Niedlingen, 29. April. (Durchs Los.) In einer Gemeinde am Bussen war eine Polizeidienststelle zu besetzen. Bei der Entscheidung war der Gemeinderat nicht beschlußfähig; um aber die Sache nicht unnötig zu verzögern, schlug der Ortsvorsteher den Bewerbern vor, die Anstellung durch Stedeleziehungen zu entscheiden. Und so geschah es auch. Jedermann war damit zufrieden.

Mottweil, 29. April. (Wegen den Bürgerrechten.) Beim Stadtschultheißenamt ist ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft der deutsch-demokratischen und sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion eingelaufen auf alsbaldige Aufhebung des Bürgerrechts.

Baden.

Karlsruhe, 29. April. Die gestrige außerordentliche Vollversammlung der Landwirtschaftskammer befaßte sich mit dem Beschluß des Landtagsausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, wonach auf Grund eines Antrags des Zentrumsabg. Straub der badischen Landwirtschaftskammer die Betätigung bei gewerblichen und Handelsunternehmungen unterjagt werden soll. Die Kammer legte entschiedene Verwahrung gegen diese Einschränkung ein, umso mehr, als die Kammer von der Regierung selbst zu dieser Tätigkeit im Interesse der Landwirtschaft aufgefordert worden sei. Der Beschluß des Ausschusses würde die Förderung der Landwirtschaft durch die Kammer geradezu lahmlegen. Eine diesbezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag der Genossenschaftsverbände, geschäftliche Unternehmungen nur mit dem Einverständnis der Verbände auszuführen. Auf Antrag des Fehr. v. Stögingen wird eine Aufstellung des Kriegsgewinns der Kammer gegeben werden. Der Antrag des Kammervorstands, bei einer Bank einen Kredit von 15 Millionen für die Kammer erwirken zu lassen, wurde angenommen. Gegen die Vorkaufnahme von Mitteln im Staatsvoranschlag wurde Widerspruch erhoben und ein Staatsbeitrag von 500 000 Mark zur Förderung der Landwirtschaft verlangt. In dem Reichswirtschaftsrat wurde für die Landwirtschaft eine stärkere Vertretung beantragt. Gegen das Verbot der Grasversteigerung wurde Einspruch erhoben.

Pforzheim, 29. April. Durch Feuer wurden in Düren mehrere zusammengebaute Scheuern und Ställe eingeeäschert. Der Viehbestand konnte in Sicherheit gebracht werden.

Mannheim, 29. April. In der Bäckerei von Müller in der Schwefelgertstraße explodierte ein Backofen, wodurch ein Schaden von 5000 Mark entstand.

Heidelberg, 29. April. Die Bahnhofsbuchhandlungen in Baden, die dem Unternehmer Karl Schmitt in Heidelberg einen Bruttogewinn von 949 000 Mk. einbrachten, sollen neu zur Verpachtung ausgeschrieben werden.

Heidelberg, 29. April. Die Wiener Kinder sind vorgestern wieder in ihre Heimat abgereist. Die Kinder haben fast durchweg an Körpergewicht zugenommen. Ungefähr 50 Kinder werden in etwa 3 Wochen abreisen.

Wiesbaden, 29. April. Das bad. Ministerium des Innern trägt sich mit der Absicht, den Truppenübungsplatz Neuberg für den Landaufenthalt erholungsbedürftiger Kinder zu verwenden. Es ist fraglich, ob sich der Plan mit Rücksicht auf die Kosten- und Verpflegungsfrage wird durchführen lassen, zumal einige der größten Städte sich außerstande erklärt haben, sich an den Kosten nennenswert zu beteiligen.

Mühlheim, 29. April. Bei Grabungen in Dach wurde aus einer Tiefe von 70 Metern Erz zu Tage gefördert. Ob die Bohrungen weiteren Erfolg haben, bleibt abzuwarten.

Karlsruhe, 29. April. Wegen Schmuggels von 7 Oiern an der Grenzstelle Leopoldshöhe war die Ehefrau eines Badler Trambahnchassiers zu einer Woche Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Auf ihren Einspruch wurde ihr die Freiheitsstrafe erlassen, die Geldstrafe aber auf 300 Mk. erhöht.

Schoysheim, 29. April. Zum Sängertag des Alemannischen Sängerbunds am 9. Mai sind über 700 Sänger angemeldet.

Offenburg, 29. April. Wegen Schnapsversteigerungen wurde Julius Fuhrmann zu 3 Monaten Gefängnis und zu 80 000 Mk. Geldstrafe, der Karl Döferer zu 2 Monaten Gefängnis und 30 Mk. Geldstrafe, zwei weitere Angeklagte zu je 2 Wochen Gefängnis und je 1500 Mk. Geldstrafe und ein Angeklagter zu 2 Wochen Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt. 3526 Liter Branntwein, die auf der Station Mähren beschlagnahmt wurden wurden für verfallen erklärt, fer-

ner Selbstbeträge, die aus dem Erlös von verschobenem Branntwein herrührten.

Freiburg, 29. April. Die Studentenküche (mensa academica) wird Anfang Mai eröffnet werden. Bekanntlich hatte der Landtag dafür 210 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Das Studentenheim ist im Kellergehöf des Universitätshauptgebäudes untergebracht, das schon vor dem Krieg der Erziehung diente. Es wird ein einfaches Mittag- und Abendessen zu mäßigem Preis gegeben. Jeder Studierende hat Zutritt. Bei jeder Mahlzeit können 1000 Studenten gespeist werden.

Zodtau, 29. April. In der letzten Bürgerausschussung wurden schwere Anklagen gegen den Bürgermeister wegen ungenügender Kartoffelversorgung der Bevölkerung erhoben. Von sozialdemokratischer Seite wurde der sofortige Rücktritt des Bürgermeisters gefordert. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die Angriffspunkte prüfen soll.

Donauwörth, 29. April. Die Schwarzwaldbwerke Land haben hier und in Allmendshofen größere Grundstücke erworben, um industrielle Siedlungen auszuführen.

Hilzingen (bei Engen), 29. April. In den hiesigen Mühlen sind bedeutende Mengen Brotgetreide beschlagnahmt worden, die von hiesigen Landwirten unrechtmäßig dorthin gebracht wurden.

Karlsruhe, 30. April. Im Rangierbahnhof wurde der ledige Rangierer Gustav Bretschmann von Spök überfahren und getötet. Innerhalb weniger Tage ist das der dritte tödliche Unfall im Rangierbahnhof.

Ettlingen, 30. April. Bürgermeister Duegel wird dem an ihn ergangenen Ruf als Bürgermeister nach Weinheim folgen.

Heidelberg, 30. April. Das Heidelberger Grenadierbataillon, das an der Aktion im Ruhrgebiet teilnahm, wird vorläufig nicht hierher zurückkehren. Es wird auf die Städte Heilbronn, Tübingen und Osnabrück verteilt.

Freiburg, 30. April. Ein ganz geriebener Schwindler stand in der Person des 32jährigen Buchhalters Jakob Flier vor der hiesigen Strafkammer. Er hatte einen Briefumschlag mit Papierschnitzeln gefüllt und durch seine Braut als Wertbrief mit angeblich 2868 Mk. nach seinem Wohnort Wasserburg a. Bodensee aufgeben lassen. Durch Zufall kam der Schwindel ans Tageslicht. Flier wollte natürlich die Post verantwortlich machen, daß das angeblich von ihm in den Umschlag gesteckte Papiergeld durch Papierschnitzeln vertauscht worden sei. Für seinen raffiniert angelegten Betrug erhielt er drei Jahre Gefängnis und 2000 Mk. Geldstrafe.

Offenburg, 30. April. Dem langjährigen Abgeordneten Oskar Müller wurden zu seinem 70. Geburtstag überaus zahlreiche Glückwünsche zuteil. Den Gruß der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei im Landtag überbrachte eine aus dem Minister Dietrich und den Abgeordneten Hoffmann und Dr. Leser bestehende Abordnung, die ein mit dem schwarz-rot-goldenen Band geschmücktes Blumengebilde überreichte.

Engen, 30. April. Wie die „Freie Stimme“ meldet, besteht die Absicht, einer Trappistenniederlassung im Hegau Heimatrecht zu verschaffen. Durch die Zerstörung des Delenbergklosters bei Sennheim i. E. gleich zu Beginn des Weltkriegs durch die Franzosen war ein großer Teil der dortigen Mönche heimatlos geworden. Diese wollen sich nun im Hegau ansiedeln.

Bremgarten, 30. April. Am Sonntag nachmittag brach im Anwesen des Gasthauses zum „Kreuz“ ein Brand aus, der den Dachstuhl völlig vernichtete. Verbrannt ist die Aushäuer zweier Töchter. Die Brandursache ist unbekannt.

Donauwörth, 30. April. Am 18. Mai soll hier eine Wassergenossenschaft zur Kultivierung des großen Donaurieds auf den Gemarkungen Hüfingen, Pföhren und Allmendshofen gegründet werden. Zum Beitritt sind die sämtlichen Grundbesitzer verpflichtet, deren Gebiet in der zur Bodenverbesserung in Aussicht genommenen Grundfläche liegt.

Vermischtes.

Die Studentenfarben. Der Rektor der Universität Breslau hat die Studenten gebeten, im Sommersemester 1920 das öffentliche Tragen der Farben zu unterlassen.

Teures Brot. In Groß-Berlin wurde der Preis für den 1900 Gramm-Laib Schwarzbrot auf 4,50 Mk., für das 1600 Gramm-Krankbrot auf 4,40 Mk. festgesetzt. Das ist eine Verteuerung um 1,85 Mk. für den Laib.

Der Preissturz. Am Kölner Warenmarkt sind holländische Kolonialwaren zum Teil um 80 bis 100 Prozent im Preis gefallen. Die Waren werden vielfach zurückgehalten, um die weitere Preisfrenkung zu verhindern.

Mieterebund. Auf dem Deutschen Mietertag in Naumburg wurde die Vereinigung des Allgemeinen Mieterverbands Deutschlands mit dem Bund deutscher Mietervereine beschlossen.

Millioneneinbruch. In der Nacht zum Sonntag wurden in einem Konfektionshaus in Berlin für eine Million Mark Seidenstoffe aller Art gestohlen. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung bis zu 100 000 Mark ausgesetzt.

Millionenschmuggel. Bei einigen galizischen Händlern, die von Osmienel nach Oberschlesien reisten, wurde 1 Million Mk. in Gold vorgefunden. Außerdem wurden in den letzten 14 Tagen bei anderen galizischen Händlern in Oberschlesien 59 Kilogramm Silber, 2 Millionen Mark in Gold und Silber und 500 000 Mk. in österreichischem Geld beschlagnahmt. Auch größere Beträge in österreichischem und russischem Papiergeld fiel den Behörden in die Hände.

Sonntagsruhe der italienischen Eisenbahnen. Der Mailänder „Secolo“ meldet, die Generaldirektion der italienischen Eisenbahnen erwäge die vollständige Einstellung des Eisenbahnverkehrs an den Sonntagen.

Eisenbahnunglück. In Simla (Indien) fuhr ein Schnellzug in einen Güterzug hinein. 150 Personen sollen tot, 57 verletzt sein.

Die Studentenfarben. Der Rektor der Universität Breslau hat die Studenten gebeten, im Sommersemester 1920 das öffentliche Tragen der Farben zu unterlassen.

Teures Brot. In Groß-Berlin wurde der Preis für den 1900 Gramm-Laib Schwarzbrot auf 4,50 Mk., für das 1600 Gramm-Krankbrot auf 4,40 Mk. festgesetzt. Das ist eine Verteuerung um 1,85 Mk. für den Laib.

Der Preissturz. Am Kölner Warenmarkt sind holländische Kolonialwaren zum Teil um 80 bis 100 Prozent im Preis gefallen. Die Waren werden vielfach zurückgehalten, um die weitere Preisfrenkung zu verhindern.

Mieterebund. Auf dem Deutschen Mietertag in Naumburg wurde die Vereinigung des Allgemeinen Mieterverbands Deutschlands mit dem Bund deutscher Mietervereine beschlossen.

Millioneneinbruch. In der Nacht zum Sonntag wurden in einem Konfektionshaus in Berlin für eine Million Mark Seidenstoffe aller Art gestohlen. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung bis zu 100 000 Mark ausgesetzt.

Millionenschmuggel. Bei einigen galizischen Händlern, die von Osmienel nach Oberschlesien reisten, wurde 1 Million Mk. in Gold vorgefunden. Außerdem wurden in den letzten 14 Tagen bei anderen galizischen Händlern in Oberschlesien 59 Kilogramm Silber, 2 Millionen Mark in Gold und Silber und 500 000 Mk. in österreichischem Geld beschlagnahmt. Auch größere Beträge in österreichischem und russischem Papiergeld fiel den Behörden in die Hände.

Sonntagsruhe der italienischen Eisenbahnen. Der Mailänder „Secolo“ meldet, die Generaldirektion der italienischen Eisenbahnen erwäge die vollständige Einstellung des Eisenbahnverkehrs an den Sonntagen.

Eisenbahnunglück. In Simla (Indien) fuhr ein Schnellzug in einen Güterzug hinein. 150 Personen sollen tot, 57 verletzt sein.

Salinalschmerzen erwidern nun auch der Schweiz daraus, daß die Ausgaben für reisende Deutsche dort so hoch geworden sind, daß nur sehr wenige es sich leisten können, im Land sich aufzuhalten. Wir geben im nachfolgenden die Zusammenstellung einer Tagesrechnung wieder, die wir einem an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gerichteten Brief entnehmen:

Hotelzimmer	20 Frcs. = 300 Mk.
Heizung	2 Frcs. = 30 Mk.
Frühstück	8 Frcs. = 45 Mk.
Trinkgeld	4 Frcs. = 60 Mk.
Vormittagsimbis	3 Frcs. = 45 Mk.
Mittagstisch	10 Frcs. = 150 Mk.
Abendessen	15 Frcs. = 225 Mk.
Kleine Ausgabe	5 Frcs. = 75 Mk.
Tagesausgabe Summa:	930 Mk.

Feuersbrunst. Durch eine große Feuersbrunst, die auf Brandstiftung zurückzuführen ist, wurden im Hafen von Neapel große Warenvorräte vernichtet.

Ein Luftkurort auf dem Götterberg. Wie dem „Neuen Wiener Tagblatt“ aus Triest gemeldet wird, hat die griechische Regierung einer griechisch-französischen Gesellschaft die Genehmigung zur Anlage eines Luftkurorts auf dem Olymp erteilt. Schon in den nächsten Tagen wird auf dem heiligen Berg mit dem Bau der geplanten großen Hotels, Kurhäuser, Theater usw. begonnen werden.

Die Amerikaner in Rußland. Eine amerikanische Gesellschaft hat in Rußland die Bewilligung für den Bau einer großen Eisenbahnlinie von rund 3000 Km. erhalten, die im Jahr 1926 fertig sein muß und Nordrußland dem Weltverkehr öffnet. Die Hauptlinie soll von Soroka über Kotlas laufen, dann durch das Uralgebirge gehen und in Sibirien bei dem Zusammenfluß der beiden Flüsse Ob und Tschir enden. Kotlas soll durch eine Hauptlinie mit Petersburg verbunden werden während gleichzeitig eine Verbindung mit der Murmanbahn hergestellt werden soll.

Rückständigkeit der Mode. Obgleich die Mode stolz darauf ist, daß sie stets das Neueste vom Neuesten bringt, so schleppt doch auch sie allerlei Ueberbleibsel ferner Vergangenheiten mit sich, die heute ganz sinnlos geworden sind und deren Beseitigung sich niemand mehr erklären kann. Von solchen „Atavismen“ der Mode, die ein Historiker der Kostümkunde zusammenstellt, seien einige angeführt. Niemand weiß z. B. mehr, was eigentlich die zwei Knöpfe sollen, die sich unabhängig auf dem Rücken der Herrenröcke befinden. Unser Historiker behauptet, daß diese Knöpfe der letzte Ueberrest einer mittelalterlichen Männerkleidung seien, in der die Röcke hinten zugeknöpft wurden, damit die Knöpfe nicht vorn das breit herumgehende Band der Herrenröcke könnten, an dem der Degen getragen wurde. Für die Knöpfe an den Ärmeln hat man ja als Entstehungsurache die Vorsichtsmäßigkeit angeführt, daß Soldaten und junge Kadetten daran gehindert werden sollen, die Ärmel als „Schnupftuch“ zu verwenden. Jedenfalls ist dieser Schmutz des Herrenrocks aus der Uniform in die Zivilkleidung übergegangen und hat sich hier hartnäckig erhalten. Mehreren praktischen Erwägungen entspringt die Mode des vierseitigen Matrosentragens. Er wurde in der englischen Marine eingeführt, um zu verhindern, daß das gute blaue Tuch der Jacke durch den damals offiziell getragenen langen fettigen Zopf beschmutzt werden. Der wahrschbare Leinenkragen war also zunächst nur als Schutz gegen den Zopf gedacht, hat sich aber seitdem in der Mode erhalten, obwohl die Matrosen längst keine Zöpfe mehr haben. Auch die drei Raupen, die dem oberen Handgelenk zur Zierde dienen, waren ursprünglich durchaus zweckvoll und sind erst später zu einem bloßen Schmuck geworden. Diese Raupen stammen aus der Zeit, da die Handschuhe noch nicht aus einem Stück gemacht, sondern aus drei verschiedenen Stücken Leder zusammengesetzt wurden. Die Nähte wurden nun durch aufgenähte Schnur verborgen. Die eingewebten Verzierungen an den Seiten der Strümpfe haben denselben Ursprung. Die Wästelgarnaturen sind die einzige Erinnerung an den mittelalterlichen Schuh, der mit einem Band um das Bein festgebunden wurde.

— Dünneres und teureres Bier. Wegen der starken Kürzung ihres Versenkungsentgelts sind die Bierbrauereien vom württ. Ernährungsministerium ermächtigt worden, den Stammwürzegehalt des Bieres wieder auf zwei Prozent herabzusetzen. Außerdem dürfen die Bierbrauereien auch Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 3,5—4,5 Proz. herstellen, jedoch nur bis zur Höchstmenge von 15 Proz. des abgesetzten Biers. Für das gewöhnliche Bier mit 2—3,5 Proz. Stammwürzegehalt beträgt der Herstellerhöchstpreis jetzt 110 Mk., für das bessere Bier 160 Mk. für ein Hektoliter. Die Ausschankpreise betragen künftighin: für 0,25 Liter 60 Pfg. für 0,3—0,35 Liter 70 Pfg. für 0,4—0,45 Liter 80 Pfg. für 0,5 Liter 90 Pfg. und für 1 Liter 1,80 Mk. Das Flaschenbier kostet in der Wirtschaft 1 Mk. für die 0,5-Liter-Flasche und 1,30 Mk. für die 0,7-Liter-Flasche, über die Straße je 10 Pfg. billiger.

— Das Postgebührengesetz soll nach einer Mitteilung aus Berlin möglichst am 6. Mai in Kraft treten, da der ursprünglich vorgesehene Termin 1. Mai wegen der Rückverweisung des Gesetzes an die Nationalversammlung nicht eingehalten werden kann. Der Haushaltsausschuß hat beschlossen, die von der Nationalversammlung vorgenommene, vom Reichstag aber abgelehnte Aenderung des Regierungsentwurfs wieder rückgängig zu machen, sodas es dabei bliebe, daß portovillichtige Dienstfachen vom Empfänger bezahlt und nicht im voraus von der Amtsstelle frankiert werden müssen. Zu der Rückgängigmachung des Beschlusses der Nationalversammlung wird eine Zweidrittelmehrheit nötig sein.

— Aus dem Genossenschaftswesen. In der letzten Woche fand in Bad Nauheim der 57. allgemeine deutsche Genossenschaftstag statt. Die Verschmelzung des Allgemeinen Verbands und des Hauptverbands deutscher gewerblicher Genossenschaften wurde einstimmig beschlossen. Der Genossenschaftsverband faßt jetzt das gesamte Genossenschaftswesen des gewerblichen Mittelstands in Deutschland zusammen.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 3. Mai 1920.

Sitzung des Gemeinderats am 27. April 1920. Fortf. Dem Gemeinderat Würz wird auf Ansuchen auf Grund des Art. 17 Abs. 4 des Gde.-Angeh.-Ges. Enthebung von seinem Amt als Gemeinderat erteilt. Auf Antrag des Gasverwalters wird beschlossen, Steinkohlenteer aus der hiesigen Gasfabrik an hiesige Einwohner in Mengen bis zu 30 Kg. zum Preise von 1 Mk. für 1 Kg. und Holzkohlen in Mengen bis zu 2 Zentner an hiesige Gewerbetreibende zum Preise von 15 Mk. für 1 Ztr. abzugeben. Nachdem die hiesige Stadtgemeinde durch Erlaß des Min. des Innern vom 17. April 1919 als Gemeinde mit Wohnungsmangel im Sinne der Verfügung vom 22. Januar 1919 bestimmt worden ist, finden die Bestimmungen der §§ 2—16 der Ministerialverordnung vom 29. August 1919 auf sie ohne Weiteres Anwendung. Der Gemeinderat hat durch Beschluß vom 11. September 1919 gem. §§ 6 und 10 der genannten Verfügung angeordnet und bekannt gemacht, daß verfügbar werdende unmobilierte Wohnungen bei der Gemeindebehörde anzumelden sind und daß die Vermietung von unmobilierten Wohnräumen nur mit Genehmigung der Gemeindebehörde erfolgen darf. Zu weiteregehende Maßnahmen hat sich der Gemeinderat mit Rücksicht auf die Eigenschaft Wildbads als Badeort und die von der Stadtgemeinde betätigte weitgehende Fürsorge für Schaffung neuer Wohnungen zunächst nicht veranlaßt gesehen. Die durch Beschluß vom 9. Mai 1919 bestellte Wohnungskommission, bestehend aus Stadtpfleger Brachhold, Gemeinderat Chr. Schmid und Gemeinderat Karl Eitel 2 diente seither zugleich als Schlichtungsausschuß. Um den Wünschen des Mietervereins entgegenzukommen, wird heute dessen Ausschussmitglied W. Schmid, Bäcker hier, mittelst Jurufs als weiteres Mitglied der Wohnungskommission gewählt, so daß dieselbe jetzt aus 3 Mietern und 2 Vermietern besteht. Zugleich wird die Wohnungskommission als Gemeindebehörde und als Wohnungsamt im Sinne der Verordnung bestimmt und ihr auch die Funktionen eines Schlichtungsausschusses übertragen. Zum Geschäftsführer der Wohnungskommission wird bis auf Weiteres Sekretär Gustav Gutbub hier bestellt. Von einer Rationierung der Wohnungen und einer Beschlagnahme von bisher der Fremdenbeherbergung dienenden Wohnräumen wird bis auf Weiteres mit Rücksicht auf den Kur- und Badeort abgesehen, da durch eine weitere

Beeinträchtigung des Kur- und Fremdenverkehrs die Art an die Existenz und die Erwerbsquellen der überwiegenden Mehrzahl der hiesigen Einwohner- und Arbeiterschaft gelegt würde. Durch Beschluß vom 3. April 1920 hat der Gemeinderat die Einführung der Lehrmittelfreiheit für die hiesigen Volksschulen beschlossen, vorbehaltlich näherer Regelung. Der hierdurch entstehende Aufwand wird, soweit zur Zeit bei der fortwährenden Steigerung der Bücherpreise eine Schätzung überhaupt möglich ist, auf etwa 15000 Mk. geschätzt. Der Gemeinderat glaubt dieses Opfer im Hinblick auf die bedrängte Lage vieler kinderreicher Familien bringen und damit einer wichtigen sozialen Forderung Rechnung tragen zu sollen. Er erwartet aber, daß die Eltern in richtiger Würdigung des großen Geldopfers, das die Stadt damit bringt, ihre Kinder zu einer sorgsameren Behandlung der ihnen anvertrauten Schulbücher und Lehrmittel anhalten. **Schluß folgt.**

Neues vom Tage.

Keine Kohlen an Neutrale mehr.

Genf, 2. Mai. Da Frankreich und Italien die ihnen durch den Friedensvertrag ausbedungenen Kohlenmengen zwar etwas verringert haben, aber auf deren Lieferung unbedingt verharren, so wird es Deutschland nicht mehr möglich sein, an Holland und die übrigen Neutrallen Kohlen abzugeben. (Wir werden also auch keine Lebensmittel von ihnen erhalten.)

Oberhausen Rhpr., 2. Mai. Die durch den Kommunistenaufstand verursachten Schäden in Oberhausen belaufen sich auf über 6 Millionen Mk.

Bischofswahl.

Baderborn, 2. Mai. Domkapitular Kaspar Klein wurde zum Bischof von Baderborn gewählt. Der seitherige Bischof ist bekanntlich zum Erzbischof von Köln gewählt worden.

Nur 100 000 Mann?

London, 2. Mai. Reuters meldet aus Paris, der Oberste Rat werde die Erhöhung des Bestands der Reichswehr auf über 100 000 Mann nicht zugestehen.

Die Konferenz in Spa.

Paris, 2. Mai. Der „Temps“ erfährt aus London, dem Reichskanzler werden in Spa die Fragen vorgelegt werden: 1. Warum hat Deutschland so oft den Vertrag verletzt? 2. Wie will es dem in Zukunft vorbeu-

nen? 3. Welches sind die wirklichen Mittel und Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands?

Die Finanzkonferenz des Völkerbunds in Brüssel wird erst nach der Konferenz in Spa abgehalten werden.

Die englische Presse über San Remo.

London, 2. Mai. Die Blätter beurteilen das Ergebnis der Konferenz sehr verschieden. Das Blatt Lloyd Georges, „Daily Chronicle“, spricht von einem Triumph Lloyd Georges, und der „Manchester Guardian“ glaubt, daß die Konferenz mehr Grund habe, mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein, als es sonst bei solchen Gelegenheiten der Fall sei. Die „Morning Post“ will erst abwarten, wie die Wirkung sein wird. Die „Times“ kann sich für die Konferenz in Spa nicht begeistern. Die wirklichen Ergebnisse von San Remo müssen sich erst zeigen, wenn sie in Daten umgesetzt werden.

Amsterdam, 1. Mai. Im englischen Unterhaus teilte der Staatssekretär für Indien, Montagu, mit, daß von den während des Kriegs in Indien interniert gewesen deutschen Staatsangehörigen 62, einschließlich Frauen und Kinder, die Erlaubnis erhielten, in Indien zu bleiben. Außerdem sei noch einigen Deutschen der zeitweilige Aufenthalt zugestanden worden. — Harmsworth sagte, die Sowjetregierung sei zu der vom Völkerbund einberufenen internationalen Finanzkonferenz nicht eingeladen. Die Nichtmitglieder des Völkerbunds werden um eine ausführliche Darlegung ihrer finanziellen Lage ersucht werden.

Amsterdam, 1. Mai. Zu der Meldung über die Veröffentlichung des Londoner Geheimvertrags vom 24. April 1915 ist nachzutragen, daß Fiume in diesem Vertrag nicht Italien, sondern den südslawischen Staaten zugewiesen wurde.

Umrüstung in England.

Rotterdam, 2. Mai. Am 30. April ist in England die Dauer der während des Kriegs eingeführten Militärdienstpflicht abgelassen. Seit dem Waffenstillstand hat England 4 Millionen Mann demobilisiert.

Kanadas wachsende Selbständigkeit.

London, 2. Mai. „Daily News“ melden, Kanada werde einen eigenen diplomatischen Vertreter in Washington ernennen, der von London unabhängig sei. Australien hege die gleiche Absicht.

Medizinal-Drogerie

Grundner Nachf., Inh. Gebr. Schmit Wildbad

empfehlen
Natronwasserglas u. Garantol zum Eier-Einlegen
Bohnerwachs
gar. reine Delware, gelb und weiß
Fußbodenöl,
hell und geruchlos,
Stahlspähne,
grob, mittel und fein,
Sämtliche Bürstenwaren in reinen Borsten,
Ofenwische I. Qualität,
Seolin und Sidol,
von 100 Gr. bis 5 Kilogramm, wieder Friedensqualität,
Frige's Fußboden-Lackfarbe in allen Nuancen,
Emaille-Lack-Farbe, weiß, sowie sämtliche Farben auf Wunsch angefertigt.

Deutsch-demokratische Partei Wildbad.

Montag, den 3. Mai abends 8 Uhr

Ausschuss-Sitzung

im Panoramahotel betreffs Kandidaten-Auffstellung zum Landtag. Anwesenheit der Ausschussmitglieder und Vertrauensleute unbedingt nötig.

Garantiert reinen

Bienen-Honig

hat zu verkaufen. Chr. Schmid z. Silberburg.

Eine

Wasch-Kommode

zu verkaufen. Zu erfragen Billa Edelweiß.

Eingetroffen:
Dextrin,
Carbolicum,
Kupfer-Vitriol gegen Blattläuse,
Futterkalk.
Drogerie Gebr. Schmit.

Wildbad.

Stockholz-Beifahr-Akkord.

Die Beifahrer von 97 Km. Stockholz vom Stadtwald-district III Sommerberg und IV an der Linie zur König-Wilhelmsschule wird am **Donnerstag, den 6. Mai 1920, vorm. 11 1/2 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad** in 2 Losen öffentlich vergeben:

Los 1.	Abt. 8 Wildbader Hang	12 Km.
	„ 15 Luchthalde	26 „
	„ 38 Km.	
Los 2.	Abt. 13 Soldatenbrunnen	21 Km.
	„ 5 Lammwirt	28 „
	„ 1 Köpfe	10 „
	„ 59 Km.	

Beifahrbedingungen liegen bei der unterzeichneten Stelle zur Einsicht auf.

Den 3. Mai 1920. Stadtpflege Wildbad.

Verpachtung.

Am **Donnerstag, den 6. Mai 1920, vorm. 11 1/2 Uhr** wird auf dem Rathaus in Wildbad der Grasertrag im Umrang von ca. 8 Ar öffentlich gegen Barzahlung für das Nutzungsjahr 1920 verpachtet.

Den 3. Mai 1920. Stadtpflege Wildbad.

Wir bitten diejenigen Hühnerhalter,

welche in der Nähe unserer Grundstücke wohnen, höflich, ihr Hausgeflügel so zu verwahren, daß es unsern Wiesen und Feldern keinen Schaden zufügen kann.

Et. § 59 Abs. 1 der ortspolizeilichen Vorschriften vom 2. März 1910 werden wir Zuwiderhandelnde zur Anzeige bringen.

Hotel Klumpp in Wildbad,

G. m. b. H.

Chr. Schmid u. Sohn :: Wildbad

Wir haben anzubieten:

Prima deutsche Toiletenseife, pro Stück Mk. 3.75, Rasterseife und Rasiermesser, Rasterapparate und Ersatzklingen, Haar- und Kleiderbürsten, Waschlappen, Schwämme, Hand- u. Zahnbürsten, Seife-Dosen (weiss Zelluloid), Haarwasser (Birkenwasser v. Dralle), Mundwasser (Odol, Odonta), Haar- und Gesichtspuder. Feste u. flüssige Brillantline. Haaröle.

Geldtaschen und Portemonnaies aus Leder, Taschenlampen, Batterien, Feuerzeuge, Wickel-Gamaschen, Mars usw. Thermosflaschen Mk. 18.— Spazier- und Bergstöcke Hosenträger (Gummi) Photo-Apparate Bedarfs-Artikel.

Wildbad.

Sitzung des Gemeinderats

am **Dienstag, den 4. Mai 1920,** nachm. 5 Uhr.

Tageordnung:

1. Anschaffung von 2 Eisentanks für das städt. Elektrizitätswerk.
2. Genehmigung des letzten Holzverkaufs.
3. Lohnaufw. der städt. Straßen-Arbeiter u. s. w.
4. Verschiedenes.

Infolge der sich immer noch mehr steigenden Preise von Stoff und Zutaten, sowie der hohen Arbeitslöhne sehen wir uns genötigt, folgende Preise festzusetzen.

Arbeitslohn (ohne Zutaten):

Sacco-Anzug	180 bis 230 Mk.
Rock-Anzug	200 „ 250 „
Gehrock-Anzug	250 „ 280 „
Ueberzieher	140 „ 160 „
Hosen	35 „ 50 „
Weste	30 „ 40 „
Sacco	115 „ 140 „
Anzug aufbügeln	8 „ 10 „
Nähzutaten f. 1 Anz.	30 „ 35 „

Die Schneidermeister Wildbads.

Männliche Lehrlinge,

bis zu 18 Jahren, werden jetzt eingestellt und können sich sofort melden.

R. O. Müller, Alpaccawaren-Fabrik.

Von der Reise zurück. Dr. GRUNOW.

Sprechstunden: Vorm. 8—10 Uhr, Nachm. 3—5 Uhr.

Neuen feldgrauen

Mantel

sowie eine

Reithose

mit Befeh hat zu verkaufen.

Georg Fritz, Schneidermeister.

Aerztlich geprüfter

Masseur

sucht Stellung. Off. sind zu richten an R. Striehl, Mannh.-Neck., Fischerstr. 34.

Ziegen-Lamm

zu verkaufen, unter zwei die Wahl. — Zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

Medizinal-Drogerie

Grundner Nachf., Inh. Gebr. Schmit Wildbad

empfehlen
Broncen (Gold und Silber)
Ofenrohr-Lack-Bronce,
Eisenlack, tiefschwarz,
Stoff-Farben (Braunsch) in allen Farben,
Waschpulver,
Seifenpulver,
Kernseife,
A. A.-Seife,
Nemy-Reis-Stärke in Brocken,
Borax,
Vorhang-Creme in Flaschen und Pulver, Möbel-Politur I. Kl. „Alewal“, gibt den Möbeln ein neues Aussehen, alle Holzarten (poliert und unpoliert),
Baumwachs,
Schuhercreme (schwarz) Trab-Trab (gelb),
Leder-Appretur,
Stiefel-Lack,
Stroh-Hut-Lack.

Hotel oder Pension

zu pachten oder Direktion gesucht mit späterer eotl. Uebernahme von tücht., erfahrenen Hotelier. Off. an die Geschäftsstelle des „Wildb. Tagbl.“ erbeten.

Birnen-Branntwein

empfehlen Rennbachbrauerei.

Bienenkästen,

darunter ein neuer, ferner 50 Stück ausgebaute

Waben,

hat zu verkaufen Joh. Haag, Haus Tubach.

Schreib-Maschine

m. sichtbarer Schrift auch gebt. m. Preisang. kauft J. Steinsiek, Pforzheim.

